

# Justitia und der Fiskus

## Die Frage der Besteuerung im klassischen Liberalismus Benjamin Constants

Als Benjamin Constant 1767 in Lausanne geboren wurde, befand sich das Zeitalter der Aufklärung in Europa gerade auf seinem Höhepunkt. Zwei Jahre zuvor war in Paris der abschließende Band der berühmten *Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers* erschienen, das von der Schule von Salamanca entwickelte Konzept der Menschenrechte fand Anerkennung außerhalb des philosophischen Elfenbeinturms, und in Amerika regte sich Widerstand gegen die Steuerpolitik der britischen Kolonialherren, der schließlich 1776 in der Unabhängigkeitserklärung kulminierte. Der „Ausgang aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit“<sup>1</sup> bahnte sich allmählich seinen Weg in alle Bereiche des menschlichen Lebens: Die empirischen Naturwissenschaften setzten zu ungeahnten Höhenflügen an, dominierende religiöse Dogmen wurden erstmals öffentlich in Frage gestellt, und an der bedingungslosen Unterordnung unter den (absolutistischen) Staat wurde heftig gerüttelt. Im angelsächsischen Sprachraum entwickelte sich, vorangetrieben vor allem durch Adam Smith und David Ricardo, ein gänzlich neues Fachgebiet, das der Ökonomie. Ausgehend von lokalen Organisationseinheiten wie Dörfern und Gemeinden erklärten sie, warum der freier Markt, also eine Gesellschaft, in der jedes Individuum nach eigenem Gutdünken mit seinem Eigentum handeln darf, auch für die schwächsten Mitglieder vorteilhaft ist und zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards führt.

In ihrer Summe führten diese Entwicklungen zur Geburt des politischen Liberalismus. Obwohl seine Saat schon durch Scholastiker wie Peter Abaelardus oder Wilhelm von Ockham gesät wurde, blieb er bis Mitte des 18. Jahrhunderts ein Randphänomen. Doch dann begann der rasante Aufstieg und die Etablierung als führende politische Kraft in Kontinentaleuropa, der wir unter anderem die Aufhebung der althergebrachten Ständegesellschaft und die industrielle Revolution verdanken. Diese Vormachtstellung sollte ein knappes Jahrhundert halten, ehe die Liberalen im Zuge der Märzrevolution 1848 in verhängnisvolles Bündnis mit nationalistischen, populistischen Strömungen eingingen. Mit dem Ende des monarchischen Zeitalters 1918/19 und der Regierungsübernahme totalitäre Parteien in großen Teilen Europas drohte die Fackel der Freiheit endgültig zu erlöschen.

Heute sind wir von der „realen Utopie“ des klassischen Liberalismus deutlich weiter entfernt als zu Lebzeiten Constants. Oberflächlich betrachtet hat sich in den letzten 200 Jahren sicherlich einiges zum Guten gewendet: Es herrscht völlige Religionsfreiheit, wir haben freie Hand bei der Wahl des Lebenspartner, dürfen in praktisch jedem Fleck Europas leben und arbeiten, können unseren Lebensplan unabhängig entwerfen. Doch sieht man einmal genauer hin, sieht die Sache nicht mehr so rosig aus: Ein unter dem Decknamen *Political correctness* operierende Bewegung versucht, uns in bester Orwell'scher Manier das Denken vorzuschreiben. In Brüssel ist ein riesiger Apparat von Bürokraten und Verwaltungsfachkräften tagein, tagaus damit beschäftigt, das Privatleben seiner Untertanen bis ins kleinste Detail zu regulieren. Der vielleicht beeindruckendste Indikator der stetigen Sozialdemokratisierung ist jedoch der Anstieg der totalen Steuerlast von etwa 7-15% zu Zeiten Kaiser Wilhelms II auf rund 50% des Bruttoeinkommens.

Die Besteuerung ist ein Thema, das bei Diskussionen um Wert und Bedeutung der Freiheit zu Unrecht gemieden wird. Zwar ist man sich gemeinhin einig, dass die Steuern zu hoch seien, gibt jedoch angesichts der hehren sozialen Ziele, die durch sie finanziert werden – der Wohlfahrtsstaat, Schutz und Rechtsprechung, Subventionen für Kunst, Kultur und Landwirtschaft – zähneknirschend nach. Bis zu einem gewissen Grade herrscht ein Konsens, dass durch fiskalpolitische Mittel wenigstens ansatzweise der ungleichen Verteilung von Talenten und Startbedingungen entgegengewirkt werden muss. Doch über dieses Niveau hinaus entwickelt sich die Debatte selten. Es ist insofern wichtig zu betonen, dass diese Standardmeinung keineswegs von allen geteilt wird, ja, dass es sogar eine großartige Tradition von Locke über de Toqueville und Mill zu von Mises und Friedman gibt, die vom exakten Gegenteil überzeugt waren und fundamentale Kritik an ihr übten.

---

1 Immanuel Kant, „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ in: Berlinische Monatshefte 4 (1784), S.481

Ein Übermaß an Steuern führt zur Unterminierung der Gerechtigkeit, wie es Benjamin Constant formulierte. Ziel dieses Essays wird es sein, seine These argumentativ zu untermauern. Ich werde dabei zunächst das momentan dominierende Gerechtigkeitsparadigma analysieren und zu widerlegen suchen. Im Anschluss werden einige technische Details untersucht, die zwar nicht *per definitionem* mit hoher Besteuerung verbunden sind, jedoch häufig mit ihr einhergehen. Daraufhin erfolgt eine prinzipielle Kritik der gängigen Praxis, die Staatsquote auf ein überhöhtes Niveau zu heben, und ein Ausblick auf die weitreichenden Konsequenzen, die dies nach sich zieht.

Wenn wir heutzutage im nicht-rechtlichen Sinne von Gerechtigkeit sprechen, dann meinen wir in der Regel immer soziale Gerechtigkeit. Die Idee stammt ursprünglich aus der katholischen Soziallehre und erlebte in den 1970er Jahren mit dem Erscheinen von John Rawls „A Theory of Justice“ einen bis heute andauernden Höhenflug. Für die Untersuchung relevant ist vor allem die so bezeichnete „Verteilungsgerechtigkeit“, die Rawls aus dem von ihm eingeführten „Differenzprinzip“ folgerte. Als gerechte Ordnung könne demnach nur gelten, was von allen Beteiligten als vorteilhaft anerkannt wird. Um dies sicherzustellen (d.h. dass auch die schwächsten Mitglieder sie noch als gewinnbringend erachten), schlägt er folgendes Gedankenexperiment vor: Im fiktiven Urzustand, in dem über die künftige Verfassung entschieden wird, liegt über den Teilnehmer ein Schleier des Nichtwissens. Sie sind noch nicht in der Lage vorherzusagen, welche gesellschaftliche Position sie später einmal einnehmen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass sie auch am unteren Ende der Hierarchie landen könnten, entscheiden sie sich folglich für ein System mit marktwirtschaftlichen Zügen, das jedoch durch zahlreiche Sicherheitsmechanismen auch weniger Erfolgreiche auffängt. Selbst in den als erzkapitalistisch geltenden Vereinigten Staaten konnten die Verfechter jener Theorie mit der kürzlich geglückten Verabschiedung der allgemeinen Krankenversicherungspflicht einen durchschlagenden Erfolg feiern.

Was spricht gegen eine solche Sichtweise? Da gibt es zunächst einmal einen praktischen Aspekt. Wie der große österreichische Ökonom Ludwig von Mises mithilfe der von ihm entwickelten Praxeologie (Lehre vom Handeln) gezeigt hat, führt jede noch so kleine Besteuerung zu einer Verminderung des relativen Wohlstandes. Eine Umverteilung von den „Habenden“ zu den „Nicht-Habenden“ macht es vergleichsweise attraktiver, nicht zu arbeiten, während gleichzeitig weniger Menschen den riskanten Schritt zur Unternehmensgründung wagen. Je lohnender Freizeit im Kontrast zu Arbeit wird, desto extremer macht sich die Verringerung der allgemeinen Wohlfahrt bemerkbar. Wer es also für moralisch geboten hält, Marktmechanismen zugunsten der Ärmeren zu korrigieren, muss sich bewusst sein, welche logisch zwingende Konsequenz dies nach sich zieht.

Doch damit nicht genug: Betrachtet man die langfristigen Auswirkungen exzessiver Steuerpolitik, fällt das Urteil sogar noch vernichtender aus. Um als Unternehmer Erfolg zu haben, ist neben guter Kenntnis des Marktes und der benötigten technologischen Mittel die Kapitalakkumulation von zentraler Bedeutung. Dieser Prozess – das Ansparen von Gewinnen unter Verzicht auf gegenwärtige Befriedigungen – setzt ein hohes Maß an Zukunftsorientierung voraus. Im Idealfall kann sie sogar bis über das eigene Leben hinaus reichen, normalerweise durch die Übertragung der Vermögenswerte an Familienmitglieder. Wird nun das erst zart sprießende Pflänzchen, welches der Jungunternehmer säte, bereits rabiat durch den Fiskus zurechtgestutzt, dann stehen die Chancen schlecht, dass es sich einmal zu einem kräftigen Baum entwickelt. Die Situation wird durch eine empfindlich hohe Erbschaftssteuer weiter verschlimmert, und die Fixierung auf das Hier und Jetzt nimmt zu. John Maynard Keynes Diktum „Auf lange Sicht sind wir alle tot“<sup>2</sup> bringt wie kein anderes den hedonistischen und verantwortungslosen, da gleichgültig gegenüber den in entfernter Zukunft liegenden Folgen, Charakterzug einer interventionistischen Wirtschaftspolitik auf den Punkt. Die Bedeutung dieser Einsicht ist nichts zu unterschätzen, ist doch Reichtum des Westens respektive die drückende Armut in großen Teilen der so genannten Dritte-Welt-Länder nichts weiter als das Resultat vorausgehender fokussierter beziehungsweise mangelnder Kapitalakkumulation.

---

2 J.M. Keynes, „Tract on Monetary Reform“ (1923), S.80

Man kann nun weiter fragen, welchen Wert die im Rawlschen Modell angestrebte, wenn auch aufgrund „niederer“ menschlicher Triebe wie Egoismus und Gier nie vollkommen erreichbare Gleichheit überhaupt besitzt. Ihr angeblicher funktionaler Nutzen – Verbrechen wie Raub und Diebstahl verlieren an Anziehungskraft – wird nicht nur von der Kriminalstatistik der damaligen Ostblockländer Lügen gestraft. Um ihre intrinsischer Rechtfertigung ist es sogar noch schlechter bestellt: Warum sollte jemand, der 80 Wochenstunden arbeitet, das Gleiche verdienen wie ein Büroangestellter mit geregelter 40-Stunden-Woche? Der Grund, warum uns Gleichheit dennoch manchmal verlockend erscheint, liegt schlicht und einfach daran, dass ihre Verteidiger Argumentationsebenen vermengen, indem sie für obigen Vergleich Personen heranziehen, die nicht aus eigener Kraft überleben könnten. Die Frage, ob es moralisch geboten ist, jedermann ein gewisses Existenzminimum zuzugestehen, ist jedoch völlig unabhängig von der Behauptung, dass Vermögen gleichmäßig verteilt werden soll.

Constant bemerkte dazu in der vollständigen Version seines thematischen Zitates, dass zu hohe Steuern nicht zur Aushöhlung der Gerechtigkeitsidee, sondern auch zur Verschlechterung der Moral führen. Die Crux an der Vielzahl egalitärer Bestrebungen ist nämlich gerade, dass sie keineswegs moralisch unanfechtbar, sondern nur allzu oft von verstecktem Neid getrieben sind. Der bedeutende Psychologe Alfred Adler erklärte ihn mithilfe des Minderwertigkeitskomplexes als den missglückten Versuch, das Gefühl der Unterlegenheit (hier: schlechtere Finanzlage) durch eine produktive Reaktion zu kompensieren. Im Extremfall verstärkt sich der Neid zu blankem Hass oder gar zu entfesselter Gewalt gegen die nach eigenem Urteil zu Unrecht vom Schicksal Begünstigten.

Bevor wir fortschreiten, sollen zwei Besonderheiten des (mitteleuropäischen) Wohlfahrtsstaates nicht unbeachtet bleiben. Dort gehören mittlerweile ein progressiver Steuersatz und eine subventionierte höhere Ausbildung (im Tertiärbereich) zum guten Ton. Gemeinsam ist beiden, dass sie mit Gerechtigkeit im gebräuchlichen Sinne nichts zu tun haben.

Selbst ohne progressive Besteuerung zahlt ein doppelt so reicher Mensch mit gleicher relativer Steuerhöhe den doppelten absoluten Betrag an den Staat. Nimmt dieser relative Prozentsatz mit steigendem Vermögen zu, wächst die Belastung für den Steuerpflichtigen exponentiell – obwohl er die gleichen oder sogar geringeren Leistungen dafür erhält als jemand, der weniger oder gar keine Abstriche verkraften muss.

Auch die unter dem Slogan „Freie Bildung für alle“ operierende Studienfinanzierung entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zutiefst unsozial. Natürlich ist Bildung niemals kostenlos, sie kann nur über Umwege, sprich den Steuerzahler, finanziert werden. Ebenso führt allein die Möglichkeit, unentgeltlich zu studieren, nicht zur automatischen Immatrikulation aller potentiell Begünstigten. Zu hohe intellektuelle Hürden oder der Wunsch, lieber eine Ausbildung zu beginnen, schrecken vor allem Heranwachsende aus sozial schwächeren Familien vom Studieren ab. Den Löwenanteil der Studentenschar (in Deutschland rund 80%) wird nach wie vor von der Mittelschicht gestellt. Unterm Strich erfolgt eine Umverteilung von „unten“ nach „oben“, von Arbeiterfamilien hin zu gut betuchten, bürgerlichen Mittelschicht. Dies müsste eigentlich für jeden haupt- und nebenberuflichen Armutsbekämpfer ein unglaublicher Skandal sein!

Wir haben jetzt den Hauptteil unserer Argumentation erreicht. Bislang haben wir zwar die Ausführungen der Verteidiger des Interventionismus im Rahmen der Möglichkeiten kritisiert und einige praktische Implikationen erörtert. Eine positive Rechtfertigung der kapitalistischen Vertrags- und Eigentumsgesellschaft steht jedoch immer noch aus.

Was ist so falsch an der populären Vorstellung, erfolgreiche Unternehmer müssten der Gesellschaft wenigstens einen Teil dessen zurückgeben, was sie von ihr erhalten haben? Gleich mehrere Punkte stechen ins Auge: Erstens steht auch der skrupelloseste Kapitalist nicht außerhalb des Rechtsrahmens. Das Vermögen, welches er zur Erzielung von Profit einsetzt, ersetzt ihm bei Misserfolg niemand, das Risiko wird einzig und allein von ihm getragen. Sämtliche Verträge, die er mit seinen Bediensteten oder Kunden abschließt, sind nicht erzwungen worden, sondern beruhen auf deren freiwilliger Zustimmung. Es ist ganz und gar unmöglich, dass er in diesem Rahmen

irgendjemanden „ausbeutet“, da die Definition des freien Marktes überhaupt nur solche Kontrakte zulässt, die von beiden Parteien als wechselseitig vorteilhaft betrachtet werden.

Zweitens und eng damit verknüpft leistet der Unternehmer selbst einen ständig unterschätzten Beitrag für die Gesellschaft, von deren Kooperation er profitiert. Nicht nur sichert er die Lebensgrundlage seiner Angestellten, in dem er ihnen Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, er sorgt darüber hinaus auch noch dafür, dass im Zuge der Massenproduktion einstige Luxuswaren auch für weniger wohlhabende Schichten erschwinglich werden. So wird er, obgleich nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht, oftmals zum größeren sozialen Wohltäter als viele der selbstgefälligen demonstrativen Philanthropen.

Die Ansicht, dass Eigentum Diebstahl sei und der Kapitalismus auf Ausbeutung beruhe, reicht bis weit über die dogmatische Linke hinaus und gehört in gehobenen Kreisen zum guten Ton. Der real existierende Sozialismus ist tot, doch in den Köpfen hat Marx vorläufig gesiegt. Dies ist insofern verständlich, da der freie Markt nicht in einer intellektuellen Blaupause entworfen wurde, sondern schlicht die natürliche Entwicklung ist, die tief in unserer Rolle als menschliche Wesen verankert ist. Die sozialistische *Intelligenzija* hegt jedoch größtes Misstrauen gegen die Massen, die, vom Konsumterror geblendet, sich allzu oft dem Weg ins Arbeiterparadies verweigern.

Versuche, den Menschen in solchen Fällen in kontraintuitive Systeme zu zwingen, sollten daher mit großer Vorsicht behandelt werden. Und in der Tat, wählt man das im Westen beinahe universell geteilte Konzept der Menschenrechte als Ausgangspunkt der Analyse, so stellt sich der Kapitalismus als einzige vertretbare Alternative heraus. Es wird hier leider nicht möglich sein, viel mehr als einen groben Umriss des Beweises zu präsentieren.

Wir müssen uns folglich fragen, was eine gerechte Sozialordnung ausmacht. Dazu gehört zunächst die Erkenntnis, welche Funktion das Recht erfüllen soll: Ziel ist es, Konflikte zwischen Personen gewaltfrei zu lösen. Des Weiteren muss man sich bewusst sein, dass jeder infrage kommende Satz von Regeln die Verteilung von knappen Ressourcen zum Thema haben muss, da ohne den Einsatz von Gütern kein Überleben möglich ist. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann man von gerechten Regeln sprechen, falls sie prinzipiell von jedem anerkannt werden können, allgemein gelten und nicht mit den Menschenrechten kollidieren.

Der bis heute einzige konsistente Vorschlag besteht darin, die Aneignung zuvor herrenloser Ressourcen durch den Erstnutzer für rechtmäßig zu erklären und ihm das absolute Recht zuzugestehen, mit so erworbenem Eigentum zu handeln und zu tauschen, solange dabei keine Dritten zu Schaden kommen. Jede Aggression gegen den Besitz anderer ist demnach als Straftat zu charakterisieren. Dieses System ist der harte Kern eines konsequenten Liberalismus.

Das Erheben hoher Steuern ist damit ganz offensichtlich nicht vereinbar. Weder gelten die aufgestellten Gesetze universell (da ein Teil Steuern zahlt, während der andere von diesen parasitisch lebt), noch würden jemand einem Vertrag zustimmen, bei dem die eine Partei das Maß der Enteignung in Eigenregie festsetzen darf. Wenn das Wort „ungerecht“ nicht völlig seiner Bedeutung beraubt werden soll, dann beschreibt es die momentane Rechtslage nur zu treffend.

Folgt man der Argumentation bis zu jenem letzten Punkt, stößt man auf ein fundamentales Problem, dass von Liberalen keineswegs einheitlich gelöst wird. Die Schwierigkeit taucht auf, wenn bestimmt werden soll, was denn nun genau ein Übermaß an Steuern ist. Es ist evident, dass dafür kein objektives Kriterium angegeben werden kann. Dem aufmerksamen Leser ist auch sicherlich aufgefallen, dass die genaue Höhe der Steuern in der Erörterung weder explizit noch implizit aufgetaucht ist. Wenn obige Schlussfolgerungen gültig sind, dann sind sie es also auch für jede noch so geringe Steuerlast. Dadurch wird jedoch dem Staat, der sich ausschließlich durch Zwangsabgaben finanziert, die Legitimationsgrundlage entzogen. An dieser Stelle scheiden sich die Geister. Die einen vertreten die Ansicht, dass nur ein anarchistisches System der Gerechtigkeit genüge tue, die anderen waren der Meinung, dass der Leviathan ein für das Funktionieren des Marktes notwendiges Übel sei. Benjamin Constant, soviel sei abschließend gesagt, gehörte der letzteren Gruppe an.